Nummer 260 — Halle, Donnerstag, den 5. November 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet: die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Saalesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stechner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der bisherige Ministerpräsident und Diktator Persiens Reza Khan, der den Schah abgesetzt und sich an seine Stelle gesetzt hat.

*

Die Kündigungen in der deutschen Industrie am 1. November umfassen 35 000 Mann, davon entfallen etwa 18 000 auf das west- und mitteldeutsche Industriegebiet und etwas über 2000 auf Großberlin. Die Gewerkschaften sind an die Reichsregierung herangetreten, besondere Reichsmittel gegen eine weitere Stillegung und Betriebseinschränkungen bereit zu stellen und die Sätze der Arbeitslosenunterstützung entsprechend der Teuerung zu erhöhen. Demnach wird es auch wohl neue Steuererhöhungen geben. Wer aber eigentlich die Steuermilliarden aufbringen soll, wenn die Wirtschaft nicht mehr gedeiht, ist ein Rätsel, dessen Lösung nur die Gewerkschaften zu besitzen glauben.

*

Die gerade jetzt veröffentlichten Auszüge aus dem Etat der Reichsbahn, weisen einen Rückgang der Einnahmen vom 1 August bis 1 November d. J. um täglich über eine halbe Million auf. Auch die Lohnforderungen der Eisenbahner dürften daher recht ungünstige Aussichten haben, es sei denn, daß auch hier das Reich einspringt.

*

In Moskau fand gestern die feierliche Bestattung Frunses auf dem Rotenplatz bei der Kremelmauer in der Nähe des Lenin-Mausoleums statt. Im Augenblick der Beisetzung um 1 Uhr mittags wurden in Moskau und in allen Städten der Sowjetunion Geschützsalven abgefeuert; die Fabriken gaben Trauersignale.

*

In Warschau fand unter großem Gepränge die feierliche Beisetzung des polnischen unbekannten Soldaten statt.

*

Die ungarische Nationalversammlung verabschiedete sämtliche wichtigen Bestimmungen der Währungsvorlage. Sie entschied endgültig über die neue ungarische Währung, daß ein Pengo gleich 12 500 Kronen sei.

*

Wie die sozialdemokratische Presse mitteilt, wurde vor einigen Tagen in der Villa des großen russischen Dichters Maxim Gorki in Torreni eine Hausuchung vorgenommen, wogegen Gorki einen Protest an Mussolini richtete. Die italienische Regierung hat nun geantwortet, der Zweck der Hausuchung sei gewesen, festzustellen ob zwischen dem Sekretär Gorkis und der italienischen Opposition Beziehungen bestänben.

*

Die Londoner „Daily Expreß" meldet, die Sonntagsitzung der liberalen Partei hat dem Vertrag von Locarno zugestimmt. Lloyd George und Asquith bezeichneten in ihren Reden den Vertrag von Locarno als die Entspannung der englischen Verpflichtungen in Europa. — Das ist ja eine für Deutschland höchst bedenkliche Auffassung. Sollte sich auch bei Locarno die alte Erfahrung vom „perfiden Albion" und das Wort bestätigen: „Wer von England ißt, stirbt daran"?

*

Finanzminister Winston Churchill teilte mit, daß die englische Regierung beschlossen habe, das Embargo auf die Ausgaben von Anleihen der Dominions, der Kolonien und des Auslandes auf dem Londoner Markt aufzuheben.

*

Nach den Ergebnissen der englischen Gemeinderatswahlen in den 80 größeren Provinzstädten hat die Arbeiterpartei gegenüber den Konservativen und Liberalen einen Gewinn von 47 Sitzen zu verzeichnen. In London, wo das Wahlergebnis noch nicht vollständig vorliegt, ergibt sich bisher für die Arbeiterpartei ein Gewinn von 23 Sitzen.

Der Außenminister über Locarno.

Stresemannrede im Rundfunk.

Im Rahmen der Funkstunde hielt Reichsaußenminister Dr. Stresemann gestern abend einen Vortrag über das Werk von Locarno. Der Minister erklärte u. a.:

Die französischen Zerstückelungspläne

Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß man vor und nach Versailles in Paris glaubte, daß das Problem der Sicherheit Frankreichs durch die Zerstückelung Deutschlands gelöst werden könne. Diese Hoffnung, die Poincaré und alle politischen Führer Poincarés hegten, ist vereitelt worden, aber für Frankreich blieb das Problem der Sicherheit. Mit dieser Tatsache muß jeder Politiker und müssen auch wir rechnen. Wir müssen das schon deshalb, weil namentlich England das Sicherheitsbedürfnis anerkennt. Bei Passivität der deutschen Politik wäre England letzten Endes wohl bereit gewesen, die Sicherheitsfrage gemeinsam mit Frankreich gegen Deutschland zu lösen.

Darüber hinaus ist aber mit diesem Problem verbunden das große Problem der deutsch-französischen Auseinandersetzungen überhaupt. Man beginnt überall in Europa einzusehen, daß man mit Krieg und mit der Fortsetzung der Versailler Methoden nicht weiter kommen kann. Es ist nötig, daß andere Wege gegangen werden, und die größte Bedeutung von Locarno sehe ich schließlich darin, daß man sich jetzt allseitig entschlossen hat, einen Kurs- und Richtungswechsel mit dem Ziel vorzunehmen, an die Stelle der Methoden von Versailles die Verständigung treten zu lassen.

Kurswechsel der Alliierten.

Die Verhandlungen, die wir in Locarno geführt haben, waren ein Beweis dafür, daß ein solcher Kurswechsel von den alliierten Staatsmännern ernstlich und aufrichtig beabsichtigt ist. Der Reichskanzler und ich haben, als wir die gesamten Vertragsentwürfe in der Hand hielten und als uns die Außenminister Englands, Frankreichs und Belgiens die Rückwirkung dieser Verträge auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet in sichere Aussicht gestellt haben nicht gezögert, die Entwürfe in einer Weise zu paraphieren, daß sie in ihrem Wortlaut nicht mehr abgeändert, sondern nur angenommen oder abgelehnt werden könne. Der Reichskanzler Luther und ich als Außenminister werden für die Annahme dieser Verträge eintreten, wenn sie den Weg eröffnen, der zur Wiedererstarkung und Befreiung Deutschlands führt.

Die Hauptgedanken der Verträge.

Lassen Sie mich die Hauptgedanken des Werkes von Locarno kurz erläutern:

Ueber die Verpflichtung hinaus, nicht im Angriff zur Gewalt zu greifen, enthält aber der Vertrag, und das ist völlig eindeutig, keinerlei Bindung für uns. Wir haben keinerlei moralischen Verzicht auf deutsches Land irgendwelcher Art auszusprechen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in seiner friedlichen Auswirkung völlig unangetastet geblieben. Durch den Abschluß des Sicherheitspaktes erklärt Frankreich, nie wieder deutsches Gebiet mit militärischer Gewalt verletzen zu wollen und erklärt weiter, daß es damit einverstanden ist, daß England Deutschland als Garantie zu Hilfe kommen soll, wenn Frankreich sich nicht an die im Westpakt festgesetzten Bedingungen hält. Schon die bloße Tatsache, daß England, der bisherige Alliierte Frankreichs, sich feierlich verpflichtet, Deutschland gegen einen französischen Angriff mit seiner gesamten See- und Landmacht zu schützen, ist von der größten politischen Bedeutung.

Im engen Zusammenhang mit dem Westpakt stehen dann die Schiedsverträge, die wir mit Frankreich und Belgien abgeschlossen haben. Die großen Vorteile, die die Schiedsverträge uns bieten, bestehen z. B. darin, daß in Zukunft der gesamte Versailler Vertrag und ebenso das Rheinlandabkommen unter Schiedsrecht stehen.

Zu dem Gesamtwerk von Locarno gehören auch die Schiedsverträge, die wir mit Polen und der Tschechoslowakei schließen wollen.

Diese Verträge mit den beiden Staaten geben uns die Möglichkeit, zu einer Sicherheit und gesunden Grundlage für die Austragung rechtlicher Differenzen mit den beiden Ländern zu gelangen. Es sind Schiedsverträge, die in ihrer Tragweite nicht über die Schiedsverträge hinausgehen, wie Deutschland sie z. B. mit Schweden und Finnland abgeschlossen hat. Insbesondere ist in diesen Verträgen nichts enthalten, was irgendwie als eine Anerkennung der Ostgrenzen angesehen werden kann. Frankreich hat hinsichtlich Polens und der Tschechoslowakei keine anderen Rechte erhalten als wie sie ihm aus seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund zustehen. Darüber hinaus haben wir keine Bindungen eingenommen.

Der Eintritt in den Völkerbund.

Wenn die deutsche Regierung sich dazu entschließen sollte, am 1. Dezember in London die in Locarno paraphierten Verträge endgültig zu unterzeichnen, so würden wir auch bereit sein, in den Völkerbund einzutreten. Auf Grund der Verhandlungen von Locarno ist uns eine Note der beteiligten Mächte zugesagt, in der über die Auslegung des Artikels 16 das ausgeführt wird, was unseren Lebensnotwendigkeiten entspricht.

Kein Staat kann Deutschland gegen seine eigene Zustimmung zwingen, an einem Krieg, z. B. gegen Rußland, teilzunehmen. Kein Staat kann das Recht in Anspruch nehmen, ohne Genehmigung Deutschlands durch sein Gebiet durchzumarschieren. Auch in dem Falle, in dem ein Staat offenbar und eindeutig als Friedensbrecher gekennzeichnet ist, dürfen wir uns eine besondere Entscheidung über das Maß unserer Mitwirkung bei einem Vorgehen gegen den Friedensbrecher vorbehalten, eben weil uns unsere einzigartige militärische und ebenso geographische Lage dazu zwingen. Das ist uns jetzt zugestanden worden.

Das Verhältnis zu Rußland.

Unser Verhältnis zu Rußland kann schon aus diesem Grunde durch unseren Eintritt in den Völkerbund nicht gefährdet werden. Wir wollen das freundliche Verhältnis zu Rußland weiterhin so ausgestalten, daß beide Völker davon Nutzen tragen.

Die Rückwirkungen.

Wenn ich so die Hauptlinien des Vertrages von Locarno Ihnen dargelegt habe, so muß ich vor allem noch über die Rückwirkungen auf das besetzte Gebiet sprechen. Die Verträge von Locarno und ihre Rückwirkungen sind für uns ein einheitliches und unteilbares Ganzes; sie gehören zusammen, und die Delegierten der übrigen in Locarno vertretenen Mächte wissen das auch.

Wir haben ihnen gesagt, daß wir ihren Erklärungen vertrauen, und daß wir derart, wie sie unser Vertrauen rechtfertigen, die Entscheidung des deutschen Volkes und seiner Regierung über die Annahme oder Ablehnung der Locarnoverträge abhängig ist.

Ich wiederhole auch hier: Die Räumung der Kölner Zone gehört nicht zu diesen Rückwirkungen. Wir haben auf diese Räumung einen Rechtsanspruch und ich hoffe, daß die nächste Zeit bereits Klarheit über den Räumungstermin bringen wird. Wenn der Locarnogeist wirklicher Friedensgeist sein, dann muß sich dieser neue Geist aber ganz selbstverständlich im ganzen Rheinland auswirken und über diese Auswirkung ist auch den an der Besetzung beteiligten Mächten das Nötige mitgeteilt worden.

Da die übrigen Mächte selbst die Unterzeichnung am 1. Dezember gewünscht haben, so ist dann auch der Termin gegeben, an dem die besprochenen Rückwirkungen dem deutschen Volke und vor allem den Rheinländern nutzbar gemacht sein müssen.

Darüber hinaus muß aber Locarno nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen Entwicklung sein, deren wichtigstes Ziel die Herstellung der Freiheit im Rheinland sein muß. Wir haben in Locarno nichts von dem verschwiegen, was uns in Hinsicht auf das Wohl des deutschen Volkes auf dem Herzen lag. Wir konnten nichts verschweigen, denn wir waren in Locarno für die Zukunft des deutschen Volkes verantwortlich.

So haben wir auch zum Ausdruck gebracht, daß die gegenwärtige deutsche Regierung keinerlei moralische Beschränigung Deutschlands am Kriegsausbruch anzuerkennen vermag, sondern, daß sie sich auf den Standpunkt stellt, der bereits im September 1924 in dem Memorandum der ehemaligen Regierung Marx dargelegt worden ist. Mit dem Eintritt in den Völkerbund besteht auch für uns das moralische Recht für

die Verleihung von Kolonialmandaten.

Auch diese Tatsache ist uns in Locarno bestätigt worden. Der Sinn von Locarno besteht in der Erkenntnis, daß die europäischen Staaten nicht wieder gegeneinander wüten dürfen, wenn Europa nicht zugrunde gehen soll. Zwangsdiktate und Gewalt haben es nicht vermocht, ein neues, besseres Europa zu schaffen. Lassen wir uns versuchen, dieses Ziel auf der Grundlage des Friedens, deutscher Gleichberechtigung und deutscher Freiheit zu erreichen!

Ein Sieg Tschangkaischeks.

Die Truppen Tschangkaischeks haben die Stadt Haitschau eingenommen. Nach Berichten aus Nanking bringen Streitkräfte Tschangkaischeks in die Stadt Pengpu ein. Die Truppen der sogenannten Allianz unter Wupeifu haben ihre Verteidigungsstellen bei Mingkwang.

Die Vertreter aller an der chinesischen Zollkonferenz beteiligten Mächte haben den Antrag auf Gewährung der Zollautonomie grundsätzlich angenommen.

Ehe und Familie in Sowjetrußland.

Von Professor Dr. Loofs, Halle.

In der Juli-Nummer der in Rom erscheinenden katholischen Zeitschrift „Orientalia Christiana" berichtet ein des Russischen kundiger römischer Jesuit, wohl deutscher Herkunft, in vielfach angreifbarem Deutsch über die Sowjet-Gesetzgebung in bezug auf Ehe und Familie sowie über deren Folgen.

Nicht die gesetzlich gestaltete Ehe, sondern die Blutsverwandtschaft ist [illegible] das Familienleben im jetzigen Rußland gesetzlich das Entscheidende. Statut 133 des betreffenden Gesetzes vom 20. Dezember 1917 lautet: „Als Grundlage der Familie wird die tatsächliche Abstammung angesehen. Zwischen ehelicher und außerehelicher Verwandtschaft wird keinerlei Unterschied festgestellt; eheliche und nichteheliche Kinder haben die gleichen Rechte." Bei der Eheschließung wird nur ein Personalausweis gefordert; „der vorsitzende Beamte ist keineswegs berechtigt, genauere Ausweise zu verlangen; also das Wort der Brautleute genügt; eine fälschliche Aussage jedoch kann gegebenenfalls nach den Kriminalgesetzen bestraft werden" (Statut 59). Die Ehescheidung ist in unglaublicher Weise erleichtert: „als Grund für die Auflösung kann sowohl die beiderseitige Uebereinstimmung der Eheleute dienen, wie auch das Verlangen eines derselben" (Stat. 87). Künstliche Herbeiführung eines Abortus, also Fruchtabtreibung, ist gestattet; dahin gehenden Gesuchen muß von staatlich angestellten Aerzten Folge gegeben werden.

Wie diese Verhältnisse wirken, hätten Menschenkenner im voraus sich sagen können. Nach den „gerichtlichen Aufzeichnungen für Ehescheidung" berichtet der eingangs genannte Artikel, daß in den 18 Gubernien (Provinzen), zu denen Moskau und Petersburg gehören, im ersten Vierteljahr des Jahres 1919 nicht weniger als 20 542 Ehen geschieden sind, in ganz Rußland (ausschließlich der Ukraine) in einem Jahre rund 200 000. Und nach den letzten amtlichen Nachrichten wurden in ganz Rußland in den amtlichen Spitälern rund 100 000 Abortus-Operationen vorgenommen; innerhalb welches Zeitraums, ist leider nicht gesagt. Damit waren aber nicht alle Gesuche erledigt, 25 Prozent mußten unberücksichtigt bleiben, weil nicht Aerzte genug zur Verfügung standen. Durch besondere Verordnungen mußte deshalb die Reihenfolge festgesetzt werden, in der die um Operation bittenden Frauen dran kommen sollen: 1. Arbeitslose, welche ihren Unterhalt von der Krankenkasse beziehen, 2. einzelnstehende Personen mit einem Kind, 3. ältere Frauen, welche in der Produktion beschäftigt sind, 4. bejahrte Arbeiterfrauen, 5. die übrigen bürgerlichen Kategorien.

Im Sommer 1923 hat Trotzki selbst eine Konferenz der Agitatoren angeregt, auf der die Frage der „Familie" erneilich behandelt ist. Er hat selbst in einer Broschüre, aus der in dem Artikel Mitteilungen gemacht sind, über diese Konferenz berichtet. „Daß die Familie — darunter auch die Proletarierfamilie — zerrissen ist, diese Tatsache wurde auf der Moskauer Agitatorenkonferenz nachdrücklich festgestellt und von niemandem bestritten", so heißt es da. Die Sache sei von den einzelnen in verschiedenem Maße als beunruhigend empfunden, „aber für jeden Fall war es allen klar, daß der große aus uns liegende Prozeß vollständig chaotisch sei, der krankhafte, abstoßende, lächerliche, tragische Formen annehme, in dem man noch keine Möglichkeiten zu einem neuen höheren Familienleben entdecken kann." Und ausdrücklich sagt dann Trotzki:

„Wer konnte nicht in Privatunterredungen geradezu jämmerliche Klagen hören über den Verfall der Sitten unter der Sowjet-Jugend, insbesondere unter der des kommunistischen Jugendverbandes. In diesen Klagen beruht nicht alles auf Uebertreibung, es ist wirklich Wahrheit. Die „erwachte" Persönlichkeit, welche ihr Leben nicht nach dem alten, sondern nach dem neuen Stil einrichten will, stürzt sich auf das „Herumschweifen", auf „Raufereі" und andere Vergehen, von denen man in der Gesellschaft spricht."

In derselben Konferenz wurden von Trotzki Fragebogen, ausgegeben, die von den Agitatoren beantwortet werden sollten. Der letzte dieser Fragebogen bezog sich auf das Familienleben. Dem eingangs genannten Artikelschreiber haben die Antworten auf die Fragen dieses Fragebogens zum wenigsten teilweise vorgelegen, — wohl in der erwähnten Broschüre Trotzkis. Dreierlei mag auch hier aus diesen Antworten angeführt werden.

Markov, der Vorsitzende des Moskauer Gubernalverbandes der Textilarbeiter schrieb u. a.:

„Ich nehme vorweg, daß auf uns ein kolossales Elend in dem Sinne lastet, daß wir zu Unrecht den Begriff der „freien Liebe" so betont haben. Im Resultat kam es so, daß uns die Kommunisten in dieser „freien Liebe" bloß Kinder in die Welt stellen. Die Kommunisten hat man mobilisiert, und auf Kosten der Gemeinde blieben fast 9000 Kinderchen zurück."

Pshinkovski, Agitator beim Moskauer Komité, meinte u. a.: „Das, was die Revolution Neues in die Arbeiterfamilie hineingebracht hat, ist folgende Tatsache: Auflösung, Hunger, Mängel. Sie treffen die Familie mit hartem Schlage, zwingen sie, sich einzuschränken, zuzusehen, wie man mit dem Hungerlohn auskommt, was einen schweren Druck besonders auf die Frau ausübt. Ich halte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251105014/fragment/page=0001

dafür, die Lage hat sich wirklich um vieles verschlechtert. Das gegenwärtige Gerede und Murren ist wohl als Hauptgrund anzusehen, warum der Arbeiter sich nicht entschließen kann, in die Partei einzutreten."

Sehr interessant ist, was eine Dame, die Verwalterin der Organisationsabteilung im Sokolnik Raykom, eine Frau oder ein Fräulein Gordon, schreibt: „. . . Was die Ehe betrifft, so betone ich, daß die Kommunisten mit den Mädchen des kommunistischen Jugendverbandes um keinen Preis sich verheiraten wollen; denn sie sagen: „sie wird doch bloß in die Versammlungen laufen, sie wird ihm kein Mittagessen kochen, wird ihm keine Wäsche waschen" usw. Die Kommunisten behaupten, es sei besser, sich mit den „Parteilosen" zu verheiraten, welche zu Haus bleiben, für die Kinder sorgen, auf den Hausbalt schauen werden. Diese Ansicht ist sehr verbreitet. Die Kommunisten sagen: „wenn sie sich mit Kommunistinnen verheiraten, dann werden die Kinder dahinsterben und die Familie geht in Stücke".

Ob auch günstigere Urteile über die jetzige Lage der „Familien" zu Wort gekommen sind, erfährt man aus dem Artikel nicht. Daß aber die Antworten, die mitgeteilt werden, echt sind, d. h. wirklich von den getagten Agitatoren herrühren, darf man bei der Stellung welche die von dem päpstlichen orientalischen Institut herausgegebene Zeitschrift „Orientalia Christiana" einnimmt, zuversichtlich annehmen.

Die Politik der Türkei.

Eine Rede Mustafa Kemal Paschas.

Aus Anlaß des Beginns der 7. Session der Nationalversammlung hielt der Präsident der türkischen Republik Mustafa Kemal Pascha, eine Rede, in der er u. a. ausführte:

„Die Beziehungen zu unserem befreundeten Nachbarn, der Sowjetrepublik, sind herzlich und von gegenseitigem Vertrauen erfüllt.

Mit Persien unterhalten wir freundnachbarliche Beziehungen. Diesenigen zu Afghanistan entsprechen dem herzlichen Charakter des mit diesem Lande abgeschlossenen Vertrages. In unserem Verhältnis zu den Westmächten halten wir loyal die durch die Verträge vorgezeichnete Linie ein.

Unsere juristische Lage

in der Mossulfrage ist

durch die an Ort und Stelle angestellten Untersuchungen der Völkerbundskommission gestärkt worden. Trotzdem alles klar zutage liegt, ist in der Lösung dieser Frage eine neue Verzögerung eingetreten. Unsere Stellung zum Mossulproblem wird durch den Vertrag von Lausanne bestimmt, den wir mit ungeheuren Opfern erkauft haben. Wir erwarten bestimmt, daß Recht, Gerechtigkeit und die sich auf die Verträge beziehenden Verpflichtungen endlich anerkannt werden.

Die gegenseitige Sicherheit

ist eine Grundlage der Wohlfahrt, die alle Nationen wünschen müssen. Solange jedoch sich die Sicherheit nicht auf alle Völker erstreckt, wird sie unvermeidlich als dazu bestimmt betrachtet werden, nur die Handlungsfreiheit gewisser Völker gegenüber anderen Völkern zu sichern.

Die Macht und Kraft der Armee, Marine und Fliegertruppen, die auch in Friedenszeiten gewissenhaft aufrechterhalten werden, bilden die Hauptgarantie für die Bemühungen der Türkei auf ihrem Wege zum Wohlstand und Wiederaufbau.

Rußland will Bessarabien wiedererobern.

Wie die Londoner „Morningpost" aus Moskau meldet hat der Große Sowjet beschlossen, die Vertreter des von Rumänien okkupierten Bessarabien weiterhin im allrussischen Sowjet zu belassen. Der Große Sowjet hat einstimmig ausgesprochen, daß Bessarabien ein unveräußerlicher Bestandteil Rußlands bleibe, dessen Wiedereroberung Pflicht und Aufgabe Rußlands und seiner Armee bleibe.

Ein in Alexandria eingetroffener Reisender aus Damaskus berichtet, daß nach der Beschießung von Damaskus am 28. Oktober 1200 Leichen auf den Straßen und 240 unter den Trümmern der Häuser aufgefunden wurden.

Vertrauensvotum für Painlevé.

Paris, 4. November. Die Vertrauenstagsordnung Kagals usw. wurde mit 221 gegen 189 Stimmen angenommen.

Bei der Abstimmung über die Vertrauenstagsordnung stimmten die Kommunisten und die Rechte gegen die Regierung. Die Sozialisten sowie einige Abgeordnete des Zentrums und der Rechten enthielten sich der Stimme. Die sozialistischen Reditalen, die sozialistischen Republikaner, sowie die Radikale Linke stimmten für die Regierung.

Die „Basser Nachrichten" telegraphieren aus Paris:

Die Sensation der Kammersitzung war der Umfall der Sozialisten insofern ein Drittel der Parteiangehörigen vor der Abstimmung den Saal verließ und dadurch nicht gegen Painlevé zu stimmen brauchte. Dieser Taktik verdankt das Kabinett seine Mehrheit von 32 Stimmen.

Allgemeine Beachtung fand in Painlevés Rede, daß er den Vertrag von Locarno in ganzen drei Sätzen abtat. Der Name Deutschland fiel überhaupt nicht.

Im Zusammenhang mit den Vorgängen in der Kammer haben noch um 10 Uhr abends 7 Sozialdemokraten der gemäßigten Richtung, darunter Renaudel und Dupois ihren Austritt aus der Partei erklärt.

Der Beschluß des Parteitags der Kommunisten, der sich für ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ausgesprochen hat, ist bereits am Dienstag zur Ausführung gebracht worden. Vertreter der kommunistischen Partei haben dem Fraktionsvorstand der Sozialdemokraten den offiziellen Antrag unterbreitet, Vereinbarungen über ein taktisches Zusammengehen und eine Listenverbindung zu treffen. Innerhalb der Sozialdemokratie tritt nur der Flügel der ehemaligen Unabhängigen für dieses Zusammengehen ein, daß die Radikalisierung der Sozialdemokratie und ihren endgültigen Verzicht auf die Große Koalition bringen würde.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Tagung der Gesamtfraktion der Sozialdemokratie am 6. November einer engeren Vereinbarung mit den Kommunisten zustimmen wird.

Wiesbaden bekommt englische Besatzung.

Von authentischer Seite wird mitgeteilt:

Es ist endgültig bestimmt, daß die englische Rheinarmee etwa 10 000 Mann nach der Räumung Kölns in das Gebiet des rechtsrheinischen Brückenkopfes Mainz und zwar in die Kreise Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Rheingau und Unterlaunuskreis verlegt wird. In der Stadt Wiesbaden wird das englische Hauptquartier und der gesamte Generalstab untergebracht. Der Termin der Uebersiedlung ist noch nicht bestimmt.

Die in dem von den Engländern zu besetzenden Gebiet untergebrachten französischen Regimenter und sonstigen Formationen werden voraussichtlich nach den Kreisen Kreuznach, Bingen und Mainz verlegt. Sitz des Generalkommandos des 30. Armeekorps soll die Stadt Kreuznach werden. Wie weiter verlautet, soll in dem von französischen Truppen besetzten Rheinland die Stellen von 33 Kreisdelegierten eingezogen werden.

Auch von Berliner Blättern wird die Nachricht der bevorstehenden Besetzung Wiesbadens durch englische Truppen bestätigt.

Freiheit der Luftschiffahrt?

Wie die Londoner „Evening Times" melden, haben die Verhandlungen der Alliierten den Bericht auf die Deutschland auferlegten Beschränkungen im Luftschiffbau und Luftverkehr gebracht. Sobald die bevorstehende Sitzung des Botschafterrates zugestimmt habe, werde die Note an Deutschland abgehen. Auf die Kontrolle des deutschen Luftschiffbaus habe man damit nicht verzichtet.

„Deutsche gesucht!"

Revision der Bestimmungen gegen Ausländer in Ostafrika.

Laut Londoner „Times" hat die Regierung von Tanganjika ein Gesetz amtlich bekanntgegeben, wodurch die bestehenden Beschränkungen gegen vormalige Feinde in bezug auf Landbesitz aufgehoben werden. Als 9. November wird den vormaligen Feinden gestattet sein, Grundbesitz zu erwerben oder vom Verwalter des Eigentums vormaliger Feinde kontrolliert wird, und im Tanganjikagebiet Land zu besitzen. Man erwartet, daß die südlichen Hochflächen die besondere Aufmerksamkeit deutscher Einwanderer auf sich ziehen werden.

Das Pariser „Journal" meldet aus Madrid eine Neubelebung der spanischen Revolutionsbewegung. Die Proklamation des Direktoriums, daß das Parlament nicht wieder zusammentreten soll, hat einen Zusammenschluß aller Oppositionsparteien gebracht. In Madrid, Barcelona und San Sebastian ist es am Sonntag zu schweren Auschreitungen gekommen, bei denen auch die aufgebotenen Polizeistreitkräfte schwere Verluste erlitten.

Streikbeschluß der österreichischen Beamten.

Der Exekutivausschuß der Bundesbeamtenschaft hat beschlossen, das Angebot der Regierung als ungenügend abzulehnen und den Beamtenstreik, beginnend am 1. Nov., zu proklamieren. Vom Streik sind nicht betroffen die staatlichen Betriebe, wie Eisenbahn, Post, Telegraph. Ausgenommen sind ferner jene Betriebe, deren Arbeit für die Bevölkerung lebenswichtig ist, so Polizei, Gendarmerie, Justiz, Aerzte, Apotheker und ein Teil der Zollbeamten.

Kabinett und Parteiführer.

Ueber die gestrige Regierungsbesprechung mit den Führern der östlichen Regierungsparteien wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Berlin, 3. November.

Heute fand unter Vorsitz des Reichskanzlers sowie unter Teilnahme der Reichsminister Dr. Brauns, Stingl und Dr. Stresemann eine Aussprache mit den Vertretern der in der Regierung durch Vertrauensmänner vertretenen Parteien statt.

An der Aussprache nahmen teil: Von der Zentrumspartei die Abgg. Fehrenbach, Marx und Stegerwald; von der Deutschen Volkspartei die Abgg. Dr. Scholz, Dr. Curtius und Kempkes; von der Bayerischen Volkspartei der Abg. Leicht.

Die eingehende Erörterung ergab eine allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien waren mit der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundlagen für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen jetzt zurückzutreten haben. Die Vertreter der Parteien billigten die infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung.

Es herrschte allgemein Uebereinstimmung darüber, daß die deutschnationale Partei, deren vorsätzliges Verhalten um des deutschen Gesamtschicksals willen nachdrücklichst mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausgeschlossen hat.

Die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschöpfender Tatbestand in bezug auf das Werk von Locarno und seine Rückwirkungen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden kann.

Weitere Besprechungen.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Die innerpolitische Krisis bleibt in der Schwebe. Der Besprechung des Kanzlers mit den Vertretern der Regierungsparteien folgen am Donnerstag solche mit den übrigen Fraktionen, mit Ausnahme der Völkischen und der Kommunisten. Der „Vorwärts" kann versichern, daß für eine frühere Einberufung des Reichstags auch in der sozialistischen Fraktion keine allzu große Stimmung sei, doch liege die Entscheidung bei der zum 6. November einberufenen Gesamtsitzung der Fraktion.

Kabinett und Parteiführer.

Ueber die gestrige Regierungsbesprechung mit den Führern der östlichen Regierungsparteien wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Berlin, 3. November.

Heute fand unter Vorsitz des Reichskanzlers sowie unter Teilnahme der Reichsminister Dr. Brauns, Stingl und Dr. Stresemann eine Aussprache mit den Vertretern der in der Regierung durch Vertrauensmänner vertretenen Parteien statt.

An der Aussprache nahmen teil: Von der Zentrumspartei die Abgg. Fehrenbach, Marx und Stegerwald; von der Deutschen Volkspartei die Abgg. Dr. Scholz, Dr. Curtius und Kempkes; von der Bayerischen Volkspartei der Abg. Leicht.

Die eingehende Erörterung ergab eine allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien waren mit der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundlagen für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen jetzt zurückzutreten haben. Die Vertreter der Parteien billigten die infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung.

Es herrschte allgemein Uebereinstimmung darüber, daß die deutschnationale Partei, deren vorsätzliges Verhalten um des deutschen Gesamtschicksals willen nachdrücklichst mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausgeschlossen hat.

Die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschöpfender Tatbestand in bezug auf das Werk von Locarno und seine Rückwirkungen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden kann.

Weitere Besprechungen.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Die innerpolitische Krisis bleibt in der Schwebe. Der Besprechung des Kanzlers mit den Vertretern der Regierungsparteien folgen am Donnerstag solche mit den übrigen Fraktionen, mit Ausnahme der Völkischen und der Kommunisten. Der „Vorwärts" kann versichern, daß für eine frühere Einberufung des Reichstags auch in der sozialistischen Fraktion keine allzu große Stimmung sei, doch liege die Entscheidung bei der zum 6. November einberufenen Gesamtsitzung der Fraktion.

Preußischer Landtag.

Der Preußische Landtag setzte gestern die allgemeine Besprechung beim Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung fort. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand eine fast anderthalbstündige Rede des Kultusministers Becker, der den Satz unter Beweis stellte, daß kulturpolitisch in den letzten sechs Jahren preußischer Schulverwaltung ganz Enormes geleistet worden sei (?), viel mehr als in den 50 Jahren vorher, und daß die letzten beiden preußischen Kultusminister Haenisch und Boelitz für allezeit in der preußischen Kulturgeschichte historische Bedeutung behalten würden. Als sein Ziel stellte er die Entpolitisierung der Schule hin.

Im Verlaufe der heute von 11 Uhr vormittags bis in die siebente Abendstunde ausgedehnten Besprechung trat dem Minister u. a. sein unmittelbarer Vorgänger Dr. Boelitz (D. Vp.) entgegen, der eine bestimmte Stellungnahme Beckers zur Frage der konfessionellen Schulen vermißte und seinerseits mit Entschiedenheit sich für den simultanen Charakter der höheren Lehranstalten einsetzte.

Eine kleine Stunde der gestrigen Sitzung nahmen die Abstimmungen über den Vergetat und den des Staatsministeriums in Anspruch. Der Landtag bestätigte im wesentlichen die Vorschläge seines Hauptausschusses. Unter den zum Etat des Staatsministeriums angenommenen Anträgen befanden sich ein Antrag, den die Deutsche Volkspartei am 5. Januar d. J. eingebracht hat: Er erhebt entschiedensten Protest dagegen, daß die erste Zone des altbesetzten Gebietes wider das Völkerrecht und entgegen dem Versailler Traktat über den 10. Januar 1925 hinaus durch fremde Truppen besetzt gehalten wird.

Führen Sie Buch über Ihre täglichen Ausgaben?

Wir nehmen an, daß Sie regelmäßig Odol benutzen und daß Sie über Ihre kleinen Ausgaben Buch führen. Bitte, sehen Sie mal in Ihrem Ausgabenbuch nach, wie oft Odol darin erscheint: wahrscheinlich etwa alle zwei bis drei Monate.

Wissen Sie, weshalb wir um diese Feststellung bitten?

Weil wir in der heutigen Zeit der chronischen Geldknappheit Wert darauf legen, Sie auf eine Tatsache aufmerksam zu machen, die Ihnen selbst vielleicht bisher entgangen ist: nämlich darauf, daß Odol nicht nur das anerkannt wirksamste, sondern zugleich das sparsamste Mund- und Zahnpflegemittel ist.

Hamlet

in Neueinstudierung im Stadttheater am 3. Okt.

Bühnenbilder von Prof. Tiersch.

Daß gerade die Engländer das Glück hatten, ein Genie wie Shakespeare und so große Erzähler wie Dickens hervorzubringen! Seit sie mit Textil- und Eisenwaren Weltbandel treiben, ist ihnen das nicht mehr gelungen. Diese praktischen Künste sind offenbar der Kunst stark abträglich gewesen.

Wir Deutschen sind anscheinend noch recht rückschrittlich in solchem „Fortschritt" (also Rhythmus: Springprozession), denn wieder einmal war das Theater zur Aufführung des Hamlet dicht besetzt.

So etwas verliert in England nicht. Um den Hamlet dort nicht ganz in Vergessenheit geraten zu lassen, wird er jetzt in London im Kingsway-theater in modernen Trachten gespielt — Ophelia vermutlich als Garconnetyp mit Bubikopf und Zigarette und Hamlet im Frack.

Shakespeare wird freilich trotz aller Genialität an solchen „Fortschritt" wohl doch nicht gedacht haben, als er die Worte prägte: Es gibt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen Eure Schulweisheit sich nichts träumen läßt." Nur bezweifle ich, daß diese modernste Kostümierung genügen wird, um das englische Publikum von heute in den Hamlet zu locken. Um diese schrecklichen Kunsthanausen „anzureizen", wird der diesjährige Shakespeare-Erneuerer Sir Barry Jackson im nächsten Jahr vielleicht dazu übergehen müssen, in der Totengräberszene ein solennes Fußballmatch mit Totenschädeln einzulegen. Und selbst das wird nichts nützen, denn die englischen Schädel — diesmal die heutigen — sind tot, tot für die Kunst, und dagegen ist kein Kraut gewachsen, selbst beste ägyptische Baumwolle nicht, die den Engländern doch viel wichtiger und lieber als der ganze Shakespeare ist.

Bei uns ist es mit dem Fortschritt noch nicht ganz so weit. Noch verehren wir den großen Genius und seine Kunst — (bis einmal ein neuer Shakespeare kommt — Bernhard Shaw könnte manchmal schon für ein Prätendum dazu gehalten werden — der einen neuen Hamlet auf diese hohen Zeiten schreibt.)

Ueber die Aufführung selbst ist noch nicht viel zu sagen, denn an den Titel von Björnsterne Björnsons Meisterwerk „Ueber unsere Kraft" erinnern, hieße dem sichtlichen Eifer, mit dem die Neueinstudierung vorgenommen wurde, die Gerechtigkeit versagen. Vielleicht erreicht er in künftigen Aufführungen doch noch das Ziel, das man ihm billigerweise setzen kann, wenn die Spieler sich erinnern, daß sie ein Werk aus der Spätrenaissance wiedergeben — also einer Zeit, auf die man wirklich noch — im Gegensatz zu heutigen — das Wort Zeit anwenden kann; eine Zeit, die Zeit war und Zeit hatte und also Ruhe. Die Herren und Damen auf der Bühne waren etwas zu modern, also nervös und eilig, und verfingen sich daher auch in den reichen Renaissanceornamenten der Shakespearischen Sprache nicht selten so, daß man schon das Ohr eines unverbrauchten Renaissancemenschen, aber nicht unsere im Lärm der Neuzeit abgestumpften Ohren hätte haben müssen, um den Worten zwanglos zu folgen.

Mehr Ruhe und mehr Renaissance, d. h. Wiedergeburt einstigen größeren, freieren, stärkeren Menschentums wäre nicht nur für die äußere Form, sondern auch für die innere Auffassung zu wünschen. Aber das hieße vielleicht das Ziel dorthin stecken, wo das schauspielerische Talent aufhört und die göttliche Genialität beginnt. Und wer weiß, ob es das Publikum danken würde, denn schließlich sind wir alle doch eben nicht Menschen der Jahre um 1600, als der Hamlet seine Erstaufführung erlebte, sondern Menschen des Zeitalters des Eisens und der Textilien usw.

Um so lobenswerter freilich ist, daß die Szenenentwürfe des Professor Tiersch — mit richtigem Empfinden für die veränderten Zeiten — zwar nicht Kunst des beginnenden 17. Jahrhunderts, aber doch echte Kunst und also doch Renaissance-Wiedergeburt, neue Wiedergeburt der Kunst zu bieten bestrebt sind. Dem Auge des modernen Kunstfeketikers, — der seinen Sinn mit den Farben und Linien aller Zeiten und Kulturen erfüllt und ihn wie ein vielgepriesenes Musikinstrument zu immer neuen und feineren Schwingungen fähig gemacht hat — boten sich übertastende Reize. Ohne daß man, wie es bei anderen Schöpfungen Professor Tiersch wohl geschehen, den Vorwurf erheben könnte, daß sie sich stärker in dem rein modernen und also zeitgebundenen Geschmack bewegten, als es mit dem ewigmenschlichen Wert dieser tiefsinnigen Schöpfung eines Zeitlos-Genialen vereinbar wäre.

Dem Leser dieser Zeilen könnte es scheinen, als wolle die Kritik insgelamt an der Aufführung wenig Gutes lassen. Aber die ungewöhnliche Länge der Kritik möge zeigen, daß die Aufführung ungewöhnlich reiche Anregungen gab, so daß auch der Beschauer, wenn nicht alles, so doch sehr vieles daraus schöpfen konnte, sofern er überhaupt bei der Wahl zwischen Shakespeare und Shefsield und Manchester (den bekannten englischen Industriezentren) sich für Kunst statt für Industrieprodukte entscheidet.

Dr. H. Elze.

Was ein Sowjet-Theater nicht aufführen darf.

Die „Krasnia Gazeta" veröffentlicht folgende Verfügung, der vom russischen Volkskommissar für öffentlichen Unterricht, Lunatscharsk, und der Witwe Lenins geleiteten Theaterzensurbehörde Sowjetrußlands:

Vom Opernrepertoire ist zu streichen „Lohengrin", weil es ein mystisches Werk ist, dessen Gedankenrichtung nicht derjenigen des Proletariats angepaßt ist. Zu streichen sind ferner Goethes „Werther", weil die Pflege einer Wertherschen Geistesverfassung in unseren Tagen nicht zweckmäßig ist. Ferner ist zu streichen Sillers „Maria Stuart", und zwar wegen des monarchistischen und religiösen Charakters dieses Stückes. In dem Stück „Eugen Onegin" ist in dem ersten Akt die Szene zu streichen, in der eine Gutsbesitzerin und Bauern auftreten, weil sie eine unter der Herrschaft des Proletariats unzulässige Idylle aus der Zeit der Leibeigenschaft enthält.

Eine chinesische Universität in Moskau.

Anfang Dezember wird in Moskau eine chinesische Universität eröffnet werden, die den Namen Sunyatsens tragen und 250 Chinesen aufnehmen wird. Sie hat unter dem Namen Joffees gegründete Gesellschaft zur Förderung der Sunyatsen-Universität, sowie russische und chinesische Oeffentlichkeit und gewerkschaftliche Organisationen gewähren der Universität ihre moralische und materielle Unterstützung. Zum Rektor der Universität ist Radek gewählt worden. Dieser erklärte Pressevertretern, die Tätigkeit der Universität werde streng wissenschaftlichen Charakter tragen und namentlich den Sozialwissenschaften und der Volkswirtschaft gewidmet sein. Zum Unterschied von den in China bestehenden ausländischen Schulen werde keine Propaganda betrieben werden können.

Ehrung. Der Professor der Geographie an der Universität London Lionel W. Leydes ist von der Ungarischen Geographischen Gesellschaft zum Ehrenmitglied gewählt worden. Prof. Leydes hat in seinem im Jahre 1924 erschienenen Werk „The Continent of Europe" unumwunden die schweren Ungerechtigkeiten zugegeben, die Ungarn durch den Friedensvertrag zugefügt wurden und auf die damit einhergehenden wirtschaftlichen und politischen Verherrungen in Osteuropa hingewiesen.

Ein spanischer Professor Ehrendoktor an der Universität Jena. Der deutsche Botschafter in Madrid überreichte dem Direktor des Geologischen Instituts Professor Oruta das Diplom des ihm von der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena verliehenen Ehrendoktors.

Das Aerzte-Kollegium des Stockholmer Karolinischen Institutes hat beschlossen, in diesem Jahre keinen Nobelpreis für Medizin zu verteilen, sondern ihn für das nächste Jahr zu reservieren.

Im Ehrenhof der Technischen Hochschule zu Karlsruhe, wurde in einer bescheidenen Feier ein Denkmal für Heinrich Hertz, den weltberühmten Entdecker der elektrischen Wellen, enthüllt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251105014/fragment/page=0002